

ENTSCHLIEBUNGSANTRAG

der Abgeordneten Werner Herbert, Mario Kunasek
und weiterer Abgeordneter

betreffend jeweils eigenes Dienst- und Besoldungsrecht für Polizei und Bundesheer

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1405 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2012 (Bundesfinanzgesetz 2012 – BFG 2012) samt Anlagen (1510 d.B.), UG 10 in der 132. Sitzung des Nationalrates am 16. November 2011

Bei der Polizei stellt sich das Problem, dass ab 2013 ein stetig steigender Abgang durch Pensionierungen stattfinden wird, der sich bis 2020 verschärft. Schon ab 2013 wird es kaum mehr möglich sein, den durch Pensionierungen hervorgerufen Abgang mit Neuzugängen abzudecken.

Beim Bundesheer ergibt sich durch die radikalen Einsparungs- und sogenannten Umstrukturierungspläne des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, eine neue Situation, die eines raschen Handelns im Dienst- und Besoldungsrecht bedarf.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIEBUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die für die Polizei sowie für das Bundesheer ein neues Dienst- und Besoldungsrecht vorsieht.“





16/M